

## Kundgebung gegen Rechts:

## „Gezielter Angriff auf Andersdenkende“

Gegen Rechtsextremismus haben am vergangenen Samstag rund 200 Bürgerinnen und Bürger in Ansbach demonstriert. Aktueller Anlass für die Kundgebung mit anschließendem Demonstrationzug durch die Stadt war der jüngste Angriff von etwa 20 Personen aus dem rechten Spektrum auf ein linksal-

ternatives Lokal in der Würzburger Straße.

Als „gezielter Angriff auf Andersdenkende“ wurde die Attacke auf einem Flugblatt bezeichnet, das auf der Demo verteilt wurde. Von „bürgerkriegsähnlichen Zuständen“ sprach Boris-André Meyer, Stadtrat der Offenen Linken, auf der Kundgebung ange-

sichts der Vorkommnisse in der Neujahrsnacht. Nachdem Familienministerin Schröder die Mittel für Aufklärungsarbeit gegen Neonazi-Tendenzen gekürzt habe, forderte Meyer im Gegensatz dazu zusätzliches Geld für diesen Zweck. Der Polizei vor Ort dankte der Linken-Stadtrat für ihr schnelles Eingreifen. Jetzt gelte es, Ansbach



Den anfangs rund 80 Kundgebungsteilnehmern an der Ansbacher Riviera gesellten sich beim anschließenden Demonstrationzug durch die Stadt zahlreiche Bürger hinzu.



Vor Rückzugsgebieten für Neonazis in ländlicher Umgebung warnte dieses Transparent auf der Ansbacher Demo. Fotos: Bernd Höllein

als „weltoffene Stadt“ zu verteidigen. „Fremdenfeindlichkeit und Rassismus haben in meiner Stadt keinen Platz“, mahnte Meyer.

André Riedl vom neu gegründeten Antifaschistischen Koordinierungskreis Ansbach (AKA) verurteilte den Angriff als „rechten Terror“ und „gezielten Terrorismus“ bei dem glücklicherweise durch die Gegenwehr der Knopfgäste und das schnelle Handeln der Polizei Schlimmeres verhindert worden sei.

Heinz Kreismeyer von der „Lokalen Allianz gegen Rechtsextremismus“ (LARA) nannte die jüngsten Vorgänge „deprimierend“. Spätestens jetzt sollten die Bürger „endlich aufwachen“, denn der Rechtsextremismus sei „längst in der Mitte der Gesellschaft angekommen“. Kreismeyer will in Sachen Widerstand gegen derartige Umtriebe „eine breite Repräsentanz in der Bevölkerung“ schaffen.

Mit letzterer sah es allerdings bei der Kundgebung noch nicht so prächtig aus. Von den 40 Ansbacher Stadträten etwa waren auf der Kundgebung gerade mal drei zu sehen: Michael Sichelstiel (Grüne), Friedmann Seiler (ÖDP) und Michael Gowin von der SPD. Auch Vertreter der Stadtspitze oder der Kirchen traten bei der vom AKA organisierten Demonstration nicht in Erscheinung. Gelegenheit zum Bürgerprotest wird es in drei Wochen erneut geben: Am Freitag, 3. Februar, ist um 16 Uhr eine weitere Demonstration angekündigt – dieses Mal auf dem Ansbacher Martin Luther-Platz.

Inzwischen gibt es seitens der SPD-Landtagsabgeordneten Christa Naaß (Haundorf) auch eine erste Vermutung über die Urheber einer „Serie neonazistischer Propaganda-Aktionen“ die im Juli 2011 im Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen begonnen hatte und nun in Ansbach ihre Fort-

setzung fand. Naaß macht für die „sich seit Monaten steigenden Aktivitäten der rechten Szene“ maßgeblich die Gruppierung „Freie Nationalisten Weißenburg“ (Kürzel: „In-wug“) verantwortlich. Weißenburger Neonazis sollen auch an dem Ansbacher Überfall beteiligt gewesen sein. In einer schriftlichen Landtagsanfrage will Naaß deshalb von der Bayerischen Staatsregierung im Detail wissen, über welche Erkenntnisse diese hinsichtlich der rechtsextremen Weißenburger Gruppe verfügt und wie die Staatsregierung das Bedrohungspotenzial der „In-wug“ einschätzt. In Weißenburg waren im vergangenen Jahr gehäuft Nazi-Flugblätter, -Transparenze und -Schmierereien aufgetaucht. Im November war das örtliche Jugendzentrum nach einer Mahnwache gegen Rechts von 20 Vermummten unter anderem mit Böllern gewaltsam angegriffen worden.

Bernd H. W. Höllein